

[REDACTED]

**An die
Bürgerversammlung
Trudering /Riem
am 13.10.2022**

Liebe Truderinger*innen und Riemer*innen !

Als besonders gefährdeter 86jähriger Tattergreis bin ich durch die wieder stark einsetzende Pandemie leider gehindert, mich an dieser Bürgerversammlung zu beteiligen.

Herr/Frau [REDACTED] ist aber dankenswerterweise bereit, Ihnen meinen mir sehr wichtigen Antrag vorzutragen.

Antrag

Seit mindestens drei Jahrzehnten betreibt die Landeshauptstadt München eine auf die Schaffung von immer noch mehr Arbeitsplätze ausgerichtete Stadtplanung, ohne auf die Deckung des daraus folgenden Wohnungsbedarfs zu achten. Die von dem eindeutig auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger gewesenen OB Georg Kronawitter in diesem Zusammenhang 1994 warnend zur Diskussion gebrachte Zahl von mindestens 200.000 Fernpendeln, die zu einem beträchtlichen Teil auf den Wohnungsmarkt drängen, hat sich inzwischen auf 400.000 erhöht und es werden weiterhin Arbeitsplätze mit großem Eifer unserer Volksvertreter nach München gezogen, z.B. sollen auf dem Gelände der Großmarkthalle Gebäude für 3000 Arbeitsplätze und bei der ehemaligen Paketposthalle zwei Hochhäuser mit 155 Metern für 5000 Arbeitsplätze entstehen

Hochhäuser sind für gewerbliche Nutzung vorprogrammiert. Würde auch nur eine einzige Ausnahme zugelassen, wäre kein Halten mehr. Solcher Automatismus wurde gerade in Trudering, insbes. Waldtrudering insoweit vorgeführt, als der Totalaushub ohne jede Verschonung von wertvollen Großbäumen und die exzessive Nutzung des immer mehr ausgehöhlten Baurechts zur Regel geworden sind. Inzwischen gilt ausnahmslos der exzessiv bemühte „Grundsatz“ Baurecht bricht Baumrecht. Noch dazu wird die inzwischen restlose bauliche Nutzung das Aufkommen neu gepflanzter Bäume nicht zulassen.

Die Folgen des ungebremsten Wachstums in einer ohnehin schon boomenden Region sind eine unerträgliche Zunahme des Verkehrs samt gefährlicher Feinstaubbelastung und ein extremer Mangel an

Wohnungen. Wuchermieten sind zur Regel geworden und steigen und steigen und steigen. Daß München zur teuersten Stadt wird, ist abzusehen.

Menschen aus Bundesländern mit Millionen leer stehenden und verwahrlosten Wohnungen werden von dieser kafkaesken Planungspolitik gezwungen, ihre Heimat zu verlassen oder dort in kläglicher Arbeitslosigkeit mit einer der Sozialhilfe gleichgestellten Arbeitslosenunterstützung auszuharren. Wen wundert, wenn sie in ihrer Verlorenheit meinen, mit der Wahl einer ganz bestimmt nicht auf ihrer Seite stehenden Partei etwas bewirken zu können.

Die letzten drei Bürgerversammlungen haben fast deckungsgleichen Anträgen zugestimmt. Sie wurden aber alle von der Planungsbehörde nicht dem Stadtrat vorgelegt, was diesem Stadtrat kaum entgangen sein kann. Fast alle Stadträtinnen und Stadträte sind auf die weitere Ausweisung von Gewerbeflächen und die weltweite Werbung für den Wirtschaftsstandort München festgelegt.

Trotzdem möge der Stadtrat mit dem Blick auf die Zukunft beschließen:

1.

Im Hinblick auf die unerträglich gewordene Mietpreisentwicklung und den großen Wohnungsmangel weist die Stadt bis auf weiteres keine weiteren Gewerbeflächen mehr aus, nutzt alle Möglichkeiten, weitere Bürobauten oder deren Vergrößerung zu verhindern und fördert mit Nachdruck die Umwandlung von Gewerberaum in Wohnraum.

2.

Etwa noch zur Verfügung stehende Grundstücke im Eigentum oder in der Verfügungsmacht der Stadt dürfen nur noch an stadteigene Wohnungsunternehmen für den ausschließlichen Bau von auf Dauer mietpreisgebundenen Wohnungen vergeben werden.

3.

Der Stadtrat läßt weiterhin keine Hochhäuser mit einer Höhe von über 100 Metern zu.

Mit freundlichen Grüßen

